

Dichtung und Wahrheit

U

Oberbürgermeister Sabais hat der 'darmstädter studentenzeitung' (dsz) seine Aufmerksamkeit geschenkt: Er wählte das 'Darmstädter Echo' als Forum und nahm die in der Nr. 123, der 'dsz' geübten Kritik an der SPD zum Anlaß - wofür eigentlich?

Hmeister

Man sollte meinen: zum Anlaß für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den dort vertretenen Thesen, für eine sachliche Zurückweisung der Kritik. Das hätte einem SPD-Oberbürgermeister wohl angestanden. Allein - sein halbseitiger Artikel in der Osterausgabe des 'Echo' war in dieser Hinsicht nicht eben eine Fundgrube. Was dort unter der Überschrift "... aus Stalins Papierkorb" zu lesen stand, war eher literarisch: Eine deftige Schilderung von Charakter und Geistesverfassung des dsz-Reaktionsmitglieder und -Autoren aus der Sicht von H.W. Sabais. Obschon er sich noch beklagte "der politische Standpunkt der Artikelschreiber ... wird nirgends klar ausgesprochen. Kein Autor zeichnet mit seinem Namen.", scheint er sie doch alle gut zu kennen. "Professionelle Uralt-Studenten" seien sie, "sich mausernde Stalinchen", "rückwärts denkende Theoretiker", "Ideologie-Kapitalisten" (was immer das sein mag), kurzum: "eine Handvoll verbogener Ideologen, die Gedankenleere durch Radikalismus kompensieren will", begabt mit Eigenschaften wie "Unverfrorenheit und Heimtücke", "Fanatismus und Arroganz".

Hschwäche

U

Was die solch^e Art von Sabais Vorgestellten auf dem Gewissen haben und was dem Oberbürgermeister zu einem Stil der Auseinandersetzung finden ließ, wie ihn die CDU in der Blütezeit des Antikommunismus pflegte, ist dies: In der Januar/Februar-Nummer der 'dsz' wurde die politische Theorie und Praxis der SPD in fünf Beiträgen einer kritischen Analyse unterzogen. Das geschah in den Themenstellungen 'Geschichte der SPD vom Gothaer Programm (1875) bis zum Godesberger Programm (1959)', 'Verhältnis der SPD zur sozialen Marktwirtschaft', 'SPD und Arbeiterbewegung', sowie zwei Beiträgen zum Begriff der "Lebensqualität".

U

Wird etwa in globalen Diffamierungen, sondern ganz konkret

Umso globaler fiel die Entgegnung von H.W. Sabais aus.

Für ihn war da "bloß ein postpubertäres Indianerspiel im Gange", handelte es sich einfach "um rote junge Herren..., die ihre Revolutionspathetik abreagieren". Bei soviel Beschäftigung mit der Psyche der dsz-Autoren nimmt es nicht Wunder, daß Sabais zu einer konkreten Bezugnahme auf den oben skizzierten Inhalt des Heftes kaum noch kommt. Lediglich an zwei Punkten geht er inhaltlich auf die dsz-Artikel ein: In der Frage der SPD-Politik nach der Novemberrevolution 1918 und in der Frage der "Ver-mögensbildung in Arbeitnehmerhand."

Rosa, aber richtig!

Die von Sabais inkriminierte (wenngleich nicht zitierte) dsz-Passage über die Novemberrevolution war wohl folgende: "Viel wäre sicherlich in den Zeiten des Umschwungs vom November 1918 bis Mitte 1919 möglich gewesen, wenn die SPD getreu ihrem eigenen Erfurter Programm - ihre Grundsätze aktuell zu machen gewußt und in die Praxis umgesetzt hätte. Dazu hatte sie die Macht, und gemeinsam mit der USPD hätte sie zweifelsohne Entscheidungen tun können." "Die Sozialdemokratischen Führer suchten stattdessen den Kontakt mit den Repräsentanten des geschlagenen Heeres, um ihre Machtstellung gegen 'linke' Aktivitäten abzusichern und das Staatsschiff ruhig und sicher zu den Wahlen zur Nationalversammlung steuern zu können". Bei Sabais liest sich das so: "Der Vorwurf, daß die SPD keine Revolutionspartei um jeden Preis sei, kehrt in der Sondernummer der TH-Politdenker immer wieder." Er gibt zu bedenken: "Die rückwärtsdenkenden Theoretiker vergessen dabei völlig die historische Tatsache, daß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte - die Delegierten der revolutionären "Basis" - am 16. Dezember 1918 mit großer Mehrheit eben diese Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen hatten.", und möchte damit den Eindruck erwecken, als habe - damals wie heute - die SPD die wahren Interessen des Volkes gegen ein Häuflein linker Spinner verteidigt.

Richtig daran ist, daß der Kongreß die Beteiligung an den Wahlen beschlossen hatte, damit hört es aber auch schon auf. Falsch ist sowohl das Datum (nicht 16., sondern 19. Dezember), als auch der Eindruck, den der Leser aus den Sabais'schen Zeilen gewinnen sollte. Die Frage der Wahlen zur Nationalversammlung war nämlich durchaus nicht das bedeutendste Problem der 'revolutionären Basis' - sie wurde vielmehr erst

Beschluß
durch den ~~Beschluß~~ des Kongresses überhaupt aktuell. Friedrich Ebert, zu dieser Zeit Volksbeauftragter und "Reichskanzler" hatte bereits seit Mitte November 1918 trotz anders laufender Vereinbarungen mit der anderen Arbeiterpartei (USPD) alle Vorbereitungen für die Wahlen getroffen und ließ die Entscheidung durch den überwiegend mit sozialdemokratischen Vertretern besetzten Kongreß - dank einer geschickten Wahlordnung konnte dies erreicht werden - ~~lediglich~~ ^{lediglich} ~~agitiert~~ ^{abstinken}. Zur Rechtfertigung dieser sozialdemokratischen Ränke versucht Sabais nun ausgerechnet noch Rosa Luxemburg und ~~Karl~~ ^{Karl} Liebknecht als Kronzeugen aufzuführen: "Übrigens agitierten sogar Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die Beteiligung der Kommunisten an der Nationalversammlung." Sabais verschweigt dabei *das Verständnis* allerdings einen, für ~~den Verstand~~ wichtigen Umstand - warum nämlich und mit welcher politischen Absicht dies geschah. Nachdem sich auf dem Kongreß gezeigt hatte, daß die Wahlen nicht mehr zu verhindern ~~waren~~ waren, versuchte Rosa Luxemburg - erfolglos - auf dem Gründungsparteitag der KPD (S) Ende Dezember 1918 die Delegierten zu einer Beteiligung an den Wahlen zu überzeugen, um das politische Feld nicht kampflös der Sozialdemokratie zu überlassen: "Unsere Aufgabe ist, die Massen zu schulen, diese Aufgabe... der sozialistischen Weltrevolution zu ... erfüllen. Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade *le* dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätssystem zum Sieg zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch." *le*

In diesem Versuch von Sabais, die Geschichte der SPD ein wenig ansehnlicher darzustellen, als sie es wirklich ist, gewinnen seine Ausführungen beinahe das, was ihm *Tnen* das Vorwort des 'Darmstädter Echo' zumißt: Grundsätzliche Bedeutungen. Denn jene Haltung zum Staat und zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die Sabais nachträglich zu rechtfertigen sucht, findet sich auch heute noch als wesentliches Moment der Sozialdemokratie - die Geschichte der SPD hat *le* von 1918 ~~stringent~~ ^{stringent} zum status quo geführt. Sabais' Rechtfertigungsversuch hat dabei nur einen großen Haken - *le* er besteht im Grunde darin, die Politik der Sozialdemokratie von 1918/19 mit der Elle des Codesberger Programms von 1959 zu messen, statt sie von ihrem eigenen Selbstverständnis aus zu interpretieren, also von dem für alle Sozialdemokraten verbindlichen Erfurter Programm. Damit wird die politische Haltung der SPD von 1918 für gut *le* und richtig erklärt, eben weil sie zum status quo geführt hat! Das derart für Sabais 'in dieser besten aller Welten' 'es ~~keine~~ keine Wirkung ohne Ursache *le* gibt', und alles seinen 'zureichenden Grund' hat, wirft allerdings ein *le*

bezeichnendes Licht auf das Geschichtsverständnis des Oberbürgermeisters, der an anderer Stelle einmal erklärt hat: "Mit Marx und Engels weiß ich mich in der politischen Theorie einig."

"Teile" und herrsche

Über sein Verständnis ökonomischer Zusammenhänge gibt sein zweiter (und letzter) Punkt konkreter Kritik am Inhalt der dsz 132 Aufschluß: Die Frage der "Vermögensbildung". Die These des ~~xxx~~ dsz-Artikels, SPD-Vermögenspolitik werde nie zu einer wirklichen Umverteilung des Produktivvermögens führen, sondern im Gegenteil den Unternehmen, dem Kapital zugute kommen, wird ihm gleich zum "wütenden Angriff gegen "Leitsätze zu ... gesellschaftlichen Fortschritt" und damit "verräterisch für den gigantischen Arbeiterbetrug, den die Revolutionsideologen durchzuführen hoffen." Diesen Dunkelmännern hält Sabais nun die von Herbert Wehner formulierten Hauptziele der SPD-Vermögenspolitik entgegen:

1. zunehmende Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft
2. Verstärkung der Eigenkapitalversorgung der Unternehmen

Wehners Konzept sieht vor, daß die Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz eines Gewinns an einen Fonds abführen, an dem die Werktätigen beteiligt sein sollen. Die dort gesammelten Erträge werden ihnen aber nicht ausgezahlt, sondern sollen für öffentliche Aufgaben verwendet werden. Wem nutzen nun diese ~~Zukunftslinien~~ Entwicklungslinien zu einer gerechten Gesellschaft? (Sabais). Der einzelne Arbeitnehmer darf seinen Fonds-Anteilschein erst nach sieben Jahren verkaufen. In der Zwischenzeit wird aber die Existenz dieses Fonds natürlich in den Lohnverhandlungen eine Rolle spielen. Nicht zuletzt deshalb lehnen IG-Metall und ÖTV diese Pläne ab. Was nun die Eigenkapitalversorgung betrifft, werden die einzelnen Großunternehmen dadurch mit billigem Kapital beliefert, das vorher relativ teuer von den Banken geliehen werden mußte, ohne daß die Arbeitnehmer wirklich über Form und Inhalt ihrer Arbeit mitbestimmen können. Das Ergebnis solcher Vermögensbildungskonzepte ist, daß die arbeitende Bevölkerung selbst ihre eigene 'Vermögensbildung' bezahlen - aber mit der Illusion, nun auch Kapitalist zu sein.

ir
H teil in
Ta
lr
Niel
IT
lr
H t

2
y

2 /
Konzepte
H W
Sabais Haltung zur Frage der Vermögensbildung hat aber noch einen besonders pikanten Aspekt. Die Ablehnung dieser ~~Konflikte~~, hinter der Sabais den "gigantischen Arbeiterbetrug" wittert, teilen die Autoren der 'dsz' nämlich offenbar mit einer ganzen Reihe von SPD-Genossen. Der Dieburger Parteitag der SPD Hessen-Süd lehnte die Vermögensbildungspläne in seinen Beschlüssen ab. Eben jener Parteitag war es jedoch, der Sabais als Delegierten zum Bundesparteitag der SPD in Hannover entsandte, wo ihm sein soziales Gewissen dann aber so stark schlug, daß er sich gezwungen sah, gegen die entsprechenden Anträge aus Hessen-Süd zu stimmen.

... in alter Frische

Naft
im
ID
Hunder
10e
1.1.1a
d la Hskies
im
W
Das heftige, mitunter krampfhaft Bemühen, sich nach links abzugrenzen, ist bei H.W. Sabais so neu nun gerade nicht, eine wichtige Frage bleibt aber noch offen: weshalb diese Heftigkeit der Reaktion, warum die schrillen Töne? Wieso gelingt es den Sozialdemokraten Sabais nicht, auf eine SPD-Kritik von links nüchtern und argumentativ zu antworten? Die Gründe liegen gewiß nicht allein in seiner Person - er selbst formulierte: "Ich führe diese politische Auseinandersetzung nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Sozialdemokratie". Das war vor einem Jahr, als Lehrlinge und Studenten die ~~die~~ Stinger Villa und im Hotel Traube leerstehenden, städtischen Wohnraum besetzten und nutzten. Auch damals fand Sabais in der Presse markante Formulierungen wie "Diktatorsüchtige Radikalisten", und "reaktionäre Rotfaschisten", sprach er von "finsterem Fanatismus" und "modischer Revolutionsgetue". Die 'politische Auseinandersetzung' im Interesse der Sozialdemokratie' endete in diesem Fall mit der gewaltsamen Räumung durch die Polizei.

e
la
müssen
Zum Polizeieinsatz führte allerdings auch noch eine andere Sabais'sche Interessenvertretung. Viele der Darmstädter ~~W~~Wirtstätigen, die der Sozialdemokrat Sabais glaubt, so vehement gegen die linke Gefahr schützen zu können, werden sich erinnern, wie der Oberbürgermeister Sabais ihnen im Merckstreik die Polizei auf den Hals schickte, um die Interessen von Merck zu schützen.

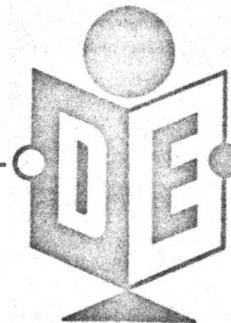
ru
sie
läutet
Das Verhältnis der SPD zur Staatsmacht, und damit auch zu ihren Gegnern, jenen "Staatsfeinden", deren Verfolgung stets mit ihrer Diffamierung und Kriminalisierung eingeleuchtet wird, drückt sich aus im Verhalten ihrer Politiker. Das gilt auch für H.W. Sabais.

Sein Parteifreund Herbert Wehner hat es ihm schon 1939 formuliert:

la
15 "Das Denken maßgeblicher sozialdemokratischer Politiker verlief so eindeutig in den Bahnen des Imperialismus, sie bewegten sich so selbstverständlich im Rahmen des bürgerlichen Staates, daß sie nicht mehr zwischen bürgerlichem und sozialistischem Staat unterschieden."

Darmstädter Echo

R E D A K T I O N



Durchwahl: 887

An die Redaktion der
"Darmstädter Studentenzeitung"
z. Hd. Herrn Friedhelm Ernst

6100 Darmstadt
Hochschulstr. 1

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

61 DARMSTADT, den

hof/vo

3. Mai 1973

Sehr geehrter Herr Ernst,

vielen Dank für Ihre Entgegnung zum Artikel des Darmstädter Oberbürgermeister und SPD-Unterbezirksvorsitzenden Heinz Winfried Sabais, den wir in unserer Oster-Ausgabe veröffentlicht hatten.

Wir haben uns eingehend mit Ihrem Schreiben beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich zur Veröffentlichung im redaktionellen Teil unserer Zeitung nicht eignet. Sabais' Ausführungen, um die wir ihn gebeten hatten, bestehen überwiegend aus Meinung und Interpretation, der Meinung und Interpretation entgegenzustellen kaum informativ und deshalb grundsätzlich gesehen wenig sinnvoll wäre.

Sie haben Ihre Meinung über den Weg der Sozialdemokraten von Gotha bis Godesberg sehr ausführlich in der Januar/Februar-Ausgabe der "dsz" dargelegt.

Heinz Winfried Sabais hat als zuständiger Parteipolitiker dazu im redaktionellen Teil unseres Blattes Stellung genommen. Damit wollen wir es bewenden lassen. Wir sind jedoch der Meinung, daß jeder das Recht haben sollte, in unserer Zeitung zu Wort zu kommen, wenn er dort angesprochen worden ist. Wir sind deshalb - mit einigen Bedenken zwar - bereit, die wesentlichsten Passagen Ihres Schreibens als Leserbrief zu veröffentlichen. Der jetzige Umfang Ihrer Ausführungen würde jedoch unsere Möglichkeiten dazu erheblich übersteigen. Wir bitten Sie deshalb, Ihr Manuskript, das wir diesem Schreiben beifügen, noch einmal zu überarbeiten und um etwa die Hälfte zu kürzen.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen
DARMSTÄDTER ECHO

Redaktion
Roland Ernst
(Roland Ernst)

Chef vom Dienst